
Trump und die deutschen Autohersteller: Der VDA sucht die Offensive

Trump und sein Umgang mit der Industrie, besonders mit der deutschen Automobilindustrie standen in den offiziellen Reden und beim inoffiziellen Teil des Neujahresempfangs des Verbands der Automobilindustrie (VDA) gestern in Berlin im Mittelpunkt. VDA-Präsident Matthias Wissmann formulierte eine offensive Position und wies unter anderem darauf hin, dass die deutschen Pkw-Hersteller ihre Produktion in den USA seit 2009 vervierfacht haben. Doch auch der mögliche Einfluss des Brexit war Thema. Von der EU forderte Wissmann: „Wir brauchen mehr Transparenz und echte ‚better regulation‘.“

„Seit wenigen Tagen ist Donald Trump als 45. Präsident der Vereinigten Staaten im Amt – und nicht nur die deutsche Automobilindustrie muss sich auf eine neue Lage einstellen“, sagte Wissmann. Mindestens die Außen- und Sicherheitspolitik und voraussichtlich Handelsfragen seien neu zu justieren. „Wir nehmen seine Äußerungen ernst. Zugleich werden wir noch ausstehende Fakten zeitgerecht analysieren und nicht spekulieren. Keine Frage: Sollte es zu Einschränkungen des Nafta-Raumes kommen, so würden sie zunächst der US-Wirtschaft einen deutlichen Dämpfer geben. Aber auch der internationale Handel wäre betroffen.“

Für die deutschen Automobilhersteller sind die Vereinigten Staaten nicht nur der zweitgrößte Exportmarkt, sondern auch ein wichtiger Produktionsstandort, von dem aus der Weltmarkt beliefert wird. In den vergangenen sieben Jahren haben die Unternehmen die Light-Vehicles-Produktion dort auf 850 000 Einheiten vervierfacht. Mehr als die Hälfte der Fahrzeuge, die die deutschen Hersteller in den USA fertigen, werden exportiert. Das zeigt, so Wissmann: „Die USA ihrerseits sind eng verflochten mit der Welt und können kein Interesse daran haben, dass wir gegenseitig in protektionistische Tendenzen verfallen. Die deutschen Zulieferer haben die Zahl ihrer Standorte in den USA deutlich erhöht. Das ist ein klares Commitment für den Standort USA.“

Die deutsche Automobilindustrie beschäftigt in den USA im direkten Bereich 110 000 Mitarbeiter, davon 77 000 bei Zulieferern. Mit dem indirekten Bereich – z. B. Handel und Werkstätten – sind es mehrere hunderttausend Mitarbeiter. Mit dem Aufbau von Zöllen oder Importsteuern würden sich die USA langfristig ins eigene Fleisch schneiden, meint Wissmann. „Wer nur auf die automobilen Handelsbilanz schaut, sieht nicht das gesamte Bild. Aussagekräftiger ist der Blick auf die Marktanteile. So haben die deutschen Hersteller in den USA einen Marktanteil von 7,6 Prozent (Vorjahr 8,0 Prozent). Umgekehrt ist der gemeinsame Marktanteil der Tochterunternehmen von Ford und GM in Deutschland zweistellig. Und ihre Chefs von Ford und Opel sind geschätzte Kollegen im VDA-Vorstand.“

Wissmann betont, auf beiden Seiten des Atlantiks geltet: Angesichts des harten internationalen Wettbewerbs und der weltweiten Wertschöpfungsketten seien – neben Direktinvestitionen – gute Handelsbedingungen von entscheidender Bedeutung für das Wirtschaftswachstum und für Jobs. „Für mich ist eines klar: Wir müssen überall in der Welt noch überzeugender für die Vorteile des freien Welthandels werben. Protektionismus hat noch nie dauerhaft ein wirtschaftliches Problem auf der Welt gelöst.“

„Natürlich macht uns auch Großbritannien Sorgen“, erklärte Wissmann. „Der von Premierministerin May angekündigte ‚hard brexit‘ birgt erhebliche Risiken – für UK ebenso wie für die gesamte EU. Mehr als die Hälfte der britischen Pkw-Exporte geht in die

Europäische Union. Und die deutsche Automobilindustrie exportiert in kein anderes Land mehr Pkw als in das Vereinigte Königreich – 2016 waren es rund 800 000 Neuwagen, also knapp ein Fünftel unseres gesamten Pkw-Exports. Außerdem haben wir Produktionswerke in Großbritannien. Wir sind also sehr eng vernetzt.“

Aus Sicht der deutschen Automobilindustrie müsse alles getan werden, um den bislang ungehinderten Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen Großbritannien und den anderen EU-Ländern auch künftig zu ermöglichen, forderte Wissmann. „Aber es gibt eine klare Priorität: Wir müssen unter den 27 EU-Mitgliedstaaten zusammenstehen. Und Brüssel muss aus dem Votum der Briten die richtigen Schlüsse ziehen. Das gemeinsame Europa muss für seine Mitglieder attraktiver werden. Weniger EU-Regulierung ist jetzt mehr Europa. Wir brauchen mehr Transparenz und echte ‚better regulation‘.“

Wissmann forderte eine angemessene Aufgaben- und Lastenverteilung in der EU. „Ich füge deshalb hinzu: So wichtig das Vereinigte Königreich für uns als Markt ist, der Zusammenhalt der EU-27 und der damit verbundene Binnenmarkt sind für unsere Industrie von noch größerer Bedeutung.“

Demonstrativ viele hochrangige Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft waren zum Neujahrsempfang des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) nach Berlin gekommen. Neben Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt waren dies zahlreiche Staatssekretäre und Bundestagsabgeordnete sowie Botschafter und Gesandte aus Frankreich, Großbritannien, Österreich, Spanien, Portugal, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Polen, Ungarn, Ukraine, China, Brasilien, Argentinien und Kolumbien. Der VDA-Vorstand war mit Dr. Daniel Böhmer (Meiller), Dr. Elmar Degenhart (Continental), Gunnar Herrmann (Ford), Arndt G. Kirchhoff (Kirchhoff), Gertrud Moll-Möhrstedt (Akkumulatorenfabrik Moll), Dr. Karl-Thomas Neumann (Opel), Andreas Renschler (VW), Gero Schulze Isfort (Krone), Dr. Stefan Sommer (ZF), Prof. Rupert Stadler (Audi) und Dr. Stefan Wolf (ElringKlinger) zahlreich vertreten. (ampnet/Sm)

Bilder zum Artikel



VDA-Präsident Matthias Wissmann.

Foto: Auto-Medienportal.Net/Manfred Zimmermann